

# Kolumbien

**1°. Geschichte**

**2°. Drogenhandel**

**3°. Paramilitärs**

**4°. FARC**

„Entdeckt“ wurde das Land 1502 von Christoph Kolumbus. Dieser setzte jedoch nie einen Fuß auf kolumbianischen Boden sondern überließ dies nachfolgenden *conquistadores*, die angelockt von Gold und Smaragden in rascher Folge das Land besetzten, so z. B. Jiménez de Quesada, der 1538 Bogotá gründete, und Sebastián de Belalcázar, der vom heutigen Ecuador aus Städtegründungen in Kolumbien vorantrieb. Aufgrund seiner zentralen Bedeutung für die spanischen Besitzungen im nördlichen Südamerika wurde Bogotá zum Sitz des „Vizekönigreichs von Neu-Granada“ erhoben. Cartagena de Indias entwickelte sich während der Kolonialzeit zu einem der wichtigsten – und bestgeschützten – Häfen der neuen Welt.

1810 begann der Kampf gegen die Kolonialmacht Spanien, angeführt von Simón Bolívar, und endete 1819 mit der Unabhängigkeit der gesamten Region.



Der Traum Bolívars von einem „Groß-Kolumbien“, das Kolumbien, Venezuela, Ecuador und Panama vereinte, währte jedoch weniger als zehn Jahre.

Bolívar wurde 1821 zwar zum Präsidenten gewählt, doch schon 1830, nach Bolívars Tod, zerfiel diese Föderation auch weil Bolívars Versuche gescheitert waren, Peru und Bolivien dazu zu gewinnen.

Ecuador und Venezuela erklärten sich für unabhängig. Panama und Kolumbien bildeten Neugranada bis 1903). 1861 benannte man das Land zu Ehren von Christoph Kolumbus in Kolumbien.

Jahrzehntelange Konflikte zwischen Konservativen (aus der Schicht der Großgrundbesitzer) und Liberalen endeten zunächst einmal 1863 damit dass die Liberalen eine Verfassung durchsetzten und den föderalen Staat: „Vereinigte Staaten von Kolumbien“ ausriefen. 1886 wiederum erließen die Konservativen eine neue Verfassung, in der Kolumbien wieder in einen Zentralstaat, die „Republik Kolumbien“ umgestaltet wurde.

1998 kam es erneut zu anhaltenden internen Konflikten und bis 1902 kämpften die oppositionellen Liberalen gegen die konservative Zentralregierung, ohne dass eine der beiden Seiten einen klaren Sieg erringen konnte. Der verheerende Konflikt (über 100.000 Tote) wurde schließlich durch einen Friedensvertrag entschärft, der den Liberalen eine zukünftige Regierungsbeteiligung sichern sollte. Nichtsdestoweniger blieb die „konservative Hegemonie“ (seit 1886) noch bis 1930 erhalten.

Und wenn zwei sich streiten freut sich der Dritte: so nutzten die USA im Jahre 1903 die Schwäche Kolumbiens aus, um ihre geostrategischen Interessen in Panama durchzusetzen. Für den US-Präsidenten Theodore Roosevelt (1901 – 1908) war der Bau eines Schleusenkanals über die Landenge von Panama ein militärisches Gebot.

Durch den Export von Kaffee erlebte Kolumbien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Blütezeit, doch die Schattenseite dieses Booms waren zunehmende soziale Spannungen zwischen einer immer reicher werdenden Oligarchie und einer verarmten Landbevölkerung.

1930 kam es zum Regierungswechsel und die Liberalen brachten dem Land eine Bodenreform und die Industrialisierung. Doch die Ermordung des linkspopulistischen Präsidentschaftskandidaten Jorge Eliécer Gaitán am 9. April 1948 in Bogotá war der Funke, der das Pulverfass zur Explosion brachte. Der bereits seit 1946 in ländlichen Gebieten zwischen Liberalen und Konservativen tobende Bürgerkrieg (La Violencia) wurde nun auch in die Städte getragen.

## *Man könnte sagen dieser Zustand einer Bürgerkrieges dauert bis heute an.*

Zwischen 1948 und 1953 trat die so genannte Violencia (wörtlich „die Gewalt“) in ihre härteste Phase ein. Während der konservative Präsident Mariano Ospina Pérez (1946 - 50) eine Regierungsbeteiligung der Liberalen anstrebte und auf Mäßigung setzte, schlug sein ebenfalls konservativer Nachfolger Laureano Gómez ab 1950 einen radikalen Kurs ein. Obwohl er aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes zeitweilig von Roberto Urdaneta ersetzt werden musste, blieb Gómez bis 1953 der bestimmende Mann im Hintergrund. Während seiner knapp dreijährigen Regierungsperiode kamen schätzungsweise 80.000 Menschen im politischen Konflikt ums Leben. Die Violencia, die sich noch bis etwa 1963 hinzog, verursachte insgesamt mehr als 200.000 zivile Todesopfer.

Nach Bildung der so genannten „Nationalen Front“ (1958), kehrte trotz einer umfassenden Amnestiegesetzgebung unter Präsident Alberto Lleras Camargo (1958 - 62) noch kein Frieden ein. Der eliteninterne Pakt zwischen den Führern der Konservativen (Kreis um Laureano Gómez) und der Liberalen (Fraktion um Alberto Lleras) hatte ein paritätisches Regierungssystem zur Folge, bei dem sich beide Traditionsparteien im Wechsel von vier Jahren an der Macht ablösten. Daneben waren sämtliche Ämter in der Staatsverwaltung ebenfalls paritätisch nach Parteizugehörigkeit zu besetzen. Das System, welches formal bis 1974 bestand, dessen Wirkung jedoch noch bis in die 80er Jahre spürbar war, verstärkte den bereits bestehenden politischen Exklusivismus.

Vor allem linksgerichtete Akteure (FARC, ELN, M-19, Quintín Lame, EPL etc.) sahen sich daher geradezu herausgefordert, mit Gewalt am politischen Prozess teilzunehmen. Von den während der 60er und 70er Jahre entstandenen Guerillagruppen hatten jedoch nur die aus den liberalen bäuerlichen Selbstverteidigungsgruppen (repúblicas independientes) hervorgegangenen FARC direkte Wurzeln in der Zeit der Violencia.

Nach dem kurzzeitigen – und für Kolumbien untypischen – Intermezzo einer Militärdiktatur unter dem von einem Teil der politischen Eliten gestützten Gustavo Rojas Pinilla (1953–1957) setzte sich die traditionelle „demokratische Herrschaft“ fort, wobei umfassende soziale Reformen weiterhin ausblieben. Bestimmte Strukturmerkmale des politischen Systems, wie zum Beispiel das starke Übergewicht der Exekutive oder der Ausschluss „radikaler“ Parteien verfestigten sich so mit der Zeit. Die formal älteste Demokratie Südamerikas nahm so den Charakter einer kartellhaften Konkordanzdemokratie an.

Nach den liberalen Wahlsiegen von Alfonso López Michelsen (1974–1978) und César Turbay Ayala (1978–1982) nahmen Korruption und Misswirtschaft zu. Die unterdrückte Opposition und die politische Abhängigkeit von Polizei und Justiz führten zu Aushöhlung des Rechtsstaates. Paramilitärische Verbände halten Teile des Landes im Auftrag von Militär und Großgrundbesitzern besetzt. Die zeitgleich zunehmend an wirtschaftlicher Macht gewinnende Drogenmafia sah sich seit Anfang der neunziger Jahre durch das Eingreifen der USA in den lokalen Drogenkrieg bedroht. Nach der Zerschlagung der großen Netzwerke Cali-Kartell und Medellín-Kartell im Drogenkrieg sind es mittlerweile kleinere dezentrale Netzwerke, die das Rauschgift, dessen Konsum in Kolumbien selbst keine Rolle spielt, meist in den USA vertreiben.

Seit Jahrzehnten dauert nun schon ein bewaffneter Konflikt in Kolumbien an. Nach einer weiteren Welle von Gewalt und Terror verhängte Präsident Álvaro Uribe Vélez am 12. August 2002 für 90 Tage den Ausnahmezustand. Der im Jahre 2003 von Uribe begonnene Demobilisierungsprozess mit den Paramilitärs drohte zu scheitern. Ein Grund dafür war das spurlose Verschwinden des Gründers der Paramilitärs, Carlos Castaño, ein anderer die Forderung der Paramilitärs, für ihre Taten, einschließlich des Drogenhandels, nicht bestraft und an die USA ausgeliefert zu werden. Kolumbien bleibt weltweit das Land mit den meisten Entführungen und politischen Morden. Ein Großteil der von der UN beanstandeten Menschenrechtsverletzungen geht auf das Konto der Paramilitärs. Der Demobilisierungsprozess löste eine Kontroverse über die Straffreiheit von Personen aus, die massive Verbrechen begangen haben. Daneben wird kritisiert, dass Drogenhändler, die eine Auslieferung an die USA umgehen wollen, sich offiziell als ehemalige Paramilitärs ausgeben und so in den Genuss der Amnestie gelangen.



*Drogenhandel*

*Paramilitärs*

FARC